

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 64 (1977)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

meiden. Zum einen ist hier nicht die Abschaffung der Schulpflicht gefordert worden – das käme einer Abschaffung von Lernchancen gleich –, sondern eher ihre flexible Ausgestaltung in der pädagogischen Praxis...

Zum anderen darf der Verzicht auf Zwangsbelehrung nicht mit dem Verzicht auf Lehrerinterventionen, ja nicht einmal mit dem Verzicht auf offene Leistungserwartungen verwechselt werden, die allerdings anders legitimiert werden müssen, als nur mit der platten und unreflektierten Gleichsetzung von Erziehungsprozessen mit den Gesetzen der industriellen Produktion. «Wenn Zwang schädlich und unklug ist, dann ist die Antithese – ein Vakuum freier Entscheidung – unrealistisch.» Wir können auf offene Leistungserwartungen bei solchen Schülern nicht verzichten, die Angst haben, an sich selbst Erwartungen zu richten, und auf die behutsame Ermunterung durch den professionellen Erzieher angewiesen sind. Wenn

wir Summerhill überwinden und doch zur Freien Schule vorstossen wollen, dann müssen wir als Erzieher lernen, die Angst vor der eigenen Autorität zu verlieren, ohne sie gegenüber den Kindern um jeden Preis durchzusetzen – erst recht nicht in Form von «sozialintegrativen» Sprachschnörkeln. Das ist auch ein institutionelles Problem, es ist aber vor allem ein Beziehungsproblem. Und darin löst sich der vermeintliche Widerspruch zwischen dem Verzicht auf Zwangsbelehrung und dem Bekenntnis zu Ansprüchen an die Schüler auf: In der konsequenten und vorrangigen Berücksichtigung der Beziehungsebene – wie Dennison sagt: nicht zwischen Lehrern und Schülern, sondern zwischen Erwachsenen und Kindern! – bei sämtlichen unterrichtsrelevanten Entscheidungen und im übrigen dem freimütigen Bekenntnis zu ebenso reflektierten wie pragmatischen Umgangsregeln.

Jörg Ramseger

in: Pädagogische Welt, Nr. 1, Jan. 1977, S. 43 f.

## Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

### ZH: Entlassung von Verweser Grünenfelder

Die Oberstufenschulpflege von Embrach hat ihren Beschluss bestätigt, Diether Grünenfelder nicht mehr als Verweser (Junglehrer) weiter zu beschäftigen. Grünenfelder, Präsident des «Demokratischen Manifests» und damit in der Angelegenheit «DM»-Cincera engagiert, war seit einem Jahr als Verweser tätig und wäre erst in anderthalb Jahren fest wählbar gewesen. Die Oberstufenschulpflege hatte bekanntgegeben, ihren früheren negativen Entscheid nochmals überprüfen zu wollen.

### ZH: Petition für Grünenfelder

Innerhalb weniger Tage haben über 6000 Bürger die Petition der «Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest» (DM) unterschrieben und damit an die Oberstufenschulpflege Embrach appelliert, DM-Präsident Diether Grünenfelder weiter als Sekundarlehrer zu beschäftigen. Wie das DM weiter mitteilt, wird es die Petitionsunterschriften der Embracher Schulbehörde überreichen. In dem veröffentlichten Communiqué des DM wird darauf verwiesen, «dass Grünenfelder auf blos-

sen Verdacht hin aus politischen Gründen nicht mehr angestellt worden ist». Den zürcherischen Erziehungsrat fordert die «Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest» auf, den Eltern entgegenzukommen und Grünenfelder weiterhin nach Embrach zu entsenden. Abschliessend heisst es: «Das DM ruft Parteien und Behörden auf, unmissverständlich klar zu machen, dass sie Berufsverbote in der Schweiz nicht dulden.»

### ZH: Gewalttätiger als Erzieher?

Im Kanton Zürich war ein Student nicht in einen Kurs zur Ausbildung von Primarlehrern aufgenommen worden, weil er am 25. Juli 1974 bei der polizeilichen Räumung der zum Abbruch bestimmten Hegibach-Häuser in Zürich einen Molotow-Cocktail gegen Polizisten geworfen hatte. Nun hat die Staatsrechtliche Kammer des Bundesgerichtes durch einstimmiges Urteil eine Beschwerde des nicht aufgenommenen Kandidaten abgewiesen.

Das Bundesgericht erklärte, die Vorinstanz, der Zürcher Regierungsrat, habe mit der Ablehnung des Kandidaten keinen willkürlichen Entscheid

gefällt. Dessen Handlungsweise im Hegibach-Krawall lasse nämlich Befürchtungen hinsichtlich seiner Fähigkeit zu, sich als Erzieher selber zu beherrschen und die Mittel, mit denen er in spannungsvollen Situationen reagiere, angemessen zu wählen.

#### **ZH: Universität Zürich in der Enge**

Zwischen den personellen, materiellen und räumlichen Bedürfnissen der Universität Zürich und den zu ihrer Befriedigung vorgesehenen Geldmitteln wird, wie der Rektor der Universität Zürich, Prof. Hans Nef, und seine Mitarbeiter erklärten, in den achtziger Jahren eine erhebliche Lücke klaffen. Die Zahl der Studierenden soll innerhalb der nächsten acht Jahre von heute 12 791 auf rund 15 000 steigen, während der Finanzplan des Kantons Zürich für die Universität nur eine geringe Vermehrung des Personals vorsieht.

#### **BE: Rund 400 Lehrer stellenlos?**

Um die 400 stellenlose Lehrer dürfte es im Frühling und Sommer 1977 im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern geben. Die Situation auf dem Stellenmarkt wird 1978 laut einem Bericht der Erziehungsdirektion an den bernischen Regierungsrat «kaum wesentlich günstiger sein als 1977».

Im einzelnen lautet die Prognose auf 280 bis 380 stellenlose Primarlehrer für Frühling und Sommer 1977, auf 30 bis 50 stellenlose Sekundarlehrer phil. II, 10 bis 20 stellenlose Gymnasiallehrer und 5 bis 15 stellenlose Arbeitslehrerinnen im deutschsprachigen Kantonsteil. Bei den Kindergärtnerinnen wird mit 70 bis 100 fehlenden Stellen gerechnet. Die grösste Anzahl von Stellenlosen sind, laut Bericht, 1977 in den Monaten April bis Juni, November/Dezember zu erwarten.

Bei den Massnahmen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit der Lehrer liegt das Schwergewicht beim Einsatz der Stellenlosen als Stellvertreter für beurlaubte amtierende Lehrer und bei den Fortbildungskursen für beurlaubte amtierende Lehrer. Auch für stellenlose Lehrer sollen Fortbildungskurse angeboten werden. Weiter sollen amtierende Lehrer für besondere Aufgaben freigestellt werden, zum Beispiel für Lernplanungsarbeiten, Lehrmittelarbeiten und Arbeiten didaktischer Art.

#### **LU: Hochschul-Fahrplan**

Voraussichtlich Mitte 1978 wird das Luzerner Volk zur Frage einer Hochschulgründung in einer Abstimmung Stellung nehmen können. In einer Kurzorientierung über die neue Situation in der Hochschulplanung, die durch bemerkenswerte ausserkantonale Ermunterung an die Luzerner zur Hochschulgründung geprägt ist, gab Erzie-

hungsdirektor Dr. Walter Gut in der CVP-Fraktion über den vorgesehenen «Fahrplan» Auskunft. Danach wird der Zwischenbericht 1977 nicht schon in der März-Session, sondern in der April-Session zur Behandlung kommen. Bereits Mitte Juni 1977 ist dann mit der Veröffentlichung des Entwurfes für ein Hochschulgründungsgesetz und dem dazugehörigen Bericht zu rechnen, so dass noch in der Juni-Session die grossrätliche Kommission bestellt werden kann. Die erste Lesung des Hochschulgründungsgesetzes ist auf die Oktober-Session vorgesehen, die zweite Lesung auf den Januar 1978. Damit könnte die Volksabstimmung im Sommer 1978 durchgeführt werden. Der Termin nimmt Rücksicht auf schweizerischer Ebene auf die Tatsache, dass möglichst rasch eine zahlenmässige Entlastung im Bereich der Hochschul-Studienplätze erwünscht ist. Der vorgelegte Fahrplan ermöglicht die Aufnahme des Studienbetriebs anfangs achtziger Jahre. Auf kantonaler Ebene trägt der Terminplan dem Wunsche Rechnung, den Entscheid noch rechtzeitig vor dem Wahljahr 1979 zu fällen.

#### **UR: Studienkommissionen für Urner Schulen**

Der Urner Regierungsrat hat je eine Studienkommission für die Vorbereitung der Verordnung über die Mittelschulen Uri (Präsident Friedrich Pfister, Prorektor, Altdorf) und für den Ausbau der Berufsschule Uri (Präsident Landesstatthalter Josef Brücker, Vorsteher der Erziehungsdirektion, Altdorf) gewählt. Die erste Kommission erhält den Auftrag, die Grundlagen für die Mittelschulverordnung zu erarbeiten und dem Regierungsrat vorzulegen. Die andere Kommission soll dem Regierungsrat ein Projekt für den Ausbau der Berufsschule Uri vorlegen.

#### **SZ: Disput um einen ausländischen Lehrer in der March**

Dem Lehrer der fünften Primarklasse im ausser-schwyzerischen Wangen ist auf Grund des Ausländerbeschlusses die Aufenthaltsbewilligung ab Frühjahr 1977 nicht mehr verlängert worden. Die Eltern der Fünftklässler haben nun spontan eine Unterschriftensammlung eingeleitet, mit der sie für eine Verlängerung eintreten wollen.

Nach Angaben des Wangener Schulpräsidenten verfügte die Fremdenpolizei die Nichtverlängerung auf Antrag des kantonalen Arbeitsamtes, dies vor allem wegen des wieder reichlichen Angebotes an schweizerischen Lehrkräften. Da es sich jedoch um einen sehr guten und beliebten Lehrer mit grossem ausser-schulischen Einsatz handle, habe der Schulrat dem Wangener Gemeinderat beantragt, beim Regierungsrat Rekurs einzureichen. Es gibt übrigens noch weitere ähnliche Fälle im Kanton Schwyz.

Der betreffende Lehrer, ein österreichischer

Staatsangehöriger, war 1973 frisch vom Seminar in Vorarlberg nach Wangen gekommen und führte seither vier Klassen. «Er hat uns damals sehr aus der Patsche geholfen», erklärte der Wanger Schulpräsident, Adolf Hüppin, auf Anfrage. Bereits im vergangenen Frühherbst sei er auf die Möglichkeit der Nichtverlängerung aufmerksam gemacht worden. Er habe darauf dem Arbeitsamt ausführlich dargelegt, warum man den Lehrer behalten möchte, und eine Verlängerung der Arbeitsbewilligung beantragt.

#### **OW: Die Mittelschulvorlage vor dem Obwaldner Kantonsrat**

Der Obwaldner Kantonsrat hat mit 39 : 1 Stimme und bei 11 Enthaltungen Eintreten auf die Mittelschulvorlage beschlossen. Eine aufwendigere Vorlage war vor einem Jahr zurückgewiesen worden. Über das nun auf 11,57 Mio. Fr. veranschlagte Projekt muss auf Antrag der liberalen Fraktion in einer zweiten Lesung nochmals beraten werden. Noch ungeklärt ist die Art der Beteiligung der Gemeinde Sarnen am Bau der in der Vorlage integrierten Dreifachturnhalle. Zurzeit wird darüber verhandelt, ob sie als Miteigentümerin der Turnhalle auftreten wird. Die Landsgemeinde wird im Frühling über den Bau der Mittelschule abstimmen müssen.

#### **AG: Französisch stösst auf breite Opposition**

Gegen den Antrag der aargauischen Französischkommission, den Beginn des Französischunterrichts auf die Mittelstufe (4. Klasse Primarschule) vorzulegen, macht sich eine breite Opposition, vor allem in Lehrerkreisen, bemerkbar. Eine Reform würde nach ihrer Ansicht eine weitgehende Umgestaltung der Lehrpläne auch in inhaltlicher und methodischer Hinsicht verlangen, auch der finanzielle Aspekt dürfte eine Rolle spielen. Man rechnet mit anfänglichen jährlichen Aufwendungen von zwei bis drei Millionen Franken für die Einführung dieser Neuerung.

#### **AG: Länger lernen!**

Das aargauische Erziehungsdepartement will sich dafür einsetzen, dass Lehrerfortbildungskurse in Zukunft nicht mehr während der Schulzeit stattfinden. Das Erziehungsdepartement schränkt allerdings von vornherein ein: Aus organisatorischen Gründen seien einzelne Kurse während der Schulzeit nicht zu umgehen. Die Ausbildungszeit für Arbeitslehrerinnen, Hauswirtschaftslehrerinnen und Kindergärtnerinnen im kantonalen Seminar in Brugg soll nach einem Dekretsentwurf des aargauischen Regierungsrates um ein Jahr auf drei Jahre verlängert werden.

## **Schülergottesdienste in einer Landpfarrei**

Walter Bühlmann

In manchen Pfarreien bereitet der Schulgottesdienst gewisse Schwierigkeiten. Man stellt fest, dass die Kinder immer weniger daran teilnehmen. Besonders ab der 4. Schulstufe nimmt die Beteiligung bedenklich ab. Seelsorger geben sich zwar alle Mühe. Aber sie spüren, dass sie meistens nicht in der Lage sind, ihre Gottesdienste stufengerecht zu gestalten. Zudem beklagen sie sich oft über das mangelnde Interesse seitens der Lehrerschaft. Man nimmt zwar immer wieder neue Anläufe, kauft sich ein neu erschienenes Buch mit Gottesdienstmodellen, sucht krampfhaft nach Ideen, stellt aber sehr oft fest, dass die besprochenen Modelle sich nicht für die betreffenden Verhältnisse eignen.

Wo liegen die Gründe? Meistens sucht man den Fehler bei den Eltern, die sich überhaupt nicht mehr um den Schülergottes-

dienst kümmern, oder man schiebt die Schuld der schlechten Umgebung zu, in der die Kinder aufwachsen müssen. Meistens aber übersieht der Seelsorger, dass auch auf seiner Seite bestimmte Mängel vorhanden sind. Er hat vielleicht noch nie mit seinen Lehrern die Probleme des Gottesdienstes besprochen. Er hat es bis jetzt unterlassen, mit der Lehrerschaft zusammenzuarbeiten. Er hat vergessen, dass die Lehrer sich für eine blosser Aufsicht im Gottesdienst nicht mehr begeistern lassen. Wohl aber wären sie für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Ich möchte im folgenden von den Erfahrungen in der luzernischen Landgemeinde Ballwil berichten, in der seit zwei Jahren die Lehrerinnen und Lehrer der 1. bis 6. Klasse zusammen mit dem Priester die Gottesdienste gestalten.